

NIEDERSCHRIFT

über die **42.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **22.01.2014**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:35 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Frau Irmintrud Berger
4. Herr Karl-Heinz Ehms
5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
6. Herr Franz-Josef Radmacher
7. Herr Dieter Welsink
8. Herr Dr. Christian Will

• SPD-Fraktion

9. Herr Horst Fischer
10. Herr Stephan Ingenhoven
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel MdL

• FDP-Fraktion

13. Herr Franc J. Dorfer

Vertretung für Herrn Walter Boestfleisch

14. Herr Rolf Kluthausen

Vertretung für Herrn Walter Boestfleisch

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

15. Herr Erhard Demmer

16. Frau Susanne Stephan-Gellrich

ab 15.15 Uhr

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

• **Verwaltung**

18. Herr Dezernent Ingolf Graul

19. Herr Günter Hassels

20. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz

21. Herr Harald Vieten

22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes

23. Herr Marcus Temburg

• **Schriftführerin**

24. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	5
2.1.	Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 28.11.2013.....	5
2.2.	Krankenhausausschuss vom 02.12.2013.....	5
3.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Dezember 2013/Januar 2014 Vorlage: 61/2899/XV/2013	6
4.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Dezember 2013/Januar 2014 Vorlage: 61/2900/XV/2013	6
5.	Stellungnahme des Rhein-Kreises Neuss zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) Vorlage: 61/2901/XV/2014	7
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand Januar 2014 Vorlage: ZS5/2902/XV/2014	8
6.1.	Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule-Beruf in NRW Vorlage: 40/2942/XV/2014	8
7.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2919/XV/2014	9
8.	Anträge	9
8.1.	Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema "Konzept zum Schutz der Bürger" vom 13.01.2014 Vorlage: 010/2960/XV/2014	9
9.	Mitteilungen.....	10
10.	Anfragen	10
10.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2014 zum Thema "dienstbar" - Dienstleistungspool der Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH Vorlage: II/2959/XV/2014	10

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu Top 6: Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa	- Flyer Startercenter
Zu Top 8: Anträge	- Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive zum Thema „Konzept zum Schutz der Bürger“ vom 13.01.2014 ☒
Zu Top 9: Mitteilungen	- Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW ☒
Zu Top 10 Anfragen	- Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema „dienstbar“ und Antwort der Verwaltung ☒
Zu Top 6 nÖT Mitteilungen	- IRR – Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hier: Gesellschaftsvertrag ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 28.11.2013

KA/20140122/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 28.11.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Krankenhausausschuss vom 02.12.2013

KA/20140122/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Krankenhausausschusses vom 02.12.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft
Berichtszeitraum Dezember 2013/Januar 2014
Vorlage: 61/2899/XV/2013****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass man den Grundsatzbeschluss zur Beteiligung an der IRR GmbH im letzten Kreistag gefasst habe. Den Entwurf des Gesellschaftsvertrages habe man als Tischvorlage für den nicht öffentlichen Teil vorgelegt. Nach derzeitigem Stand führe das Land die Bezuschussung der Geschäftsstelle in gleichem Umfang wie bisher bis mindestens 2017 fort.

KA/20140122/Ö3**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Dezember 2013/Januar 2014 zur Kenntnis.

**4. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum Dezember 2013/Januar 2014
Vorlage: 61/2900/XV/2013****Protokoll:**

Kreistagsangeordneter Dr. Gert Ammermann merkte an, dass er bei der Priorisierung beim Radwegbau den Radweg Dellhoven-Knechtsteden vermisste. Er erkundigte sich, wie oft solche Listen aufgestellt würden und wann entsprechende Anträge gestellt werden könnten.

Die Liste werde jedes Jahr neu aufgestellt, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Er wies aber darauf hin, dass es sich dabei lediglich um Neu- oder Ausbauten handele. Sanierung falle nicht darunter. Anträge könne man förmlich an den Landesbetrieb Straßen richten.

Im Hinblick auf den schlechten Zustand der Wirtschaftswege stelle sich auch die Frage, was die Landwirtschaft beitragen könne, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel.

Das Programm zum Rheinischen Kultursommer werde man dem Protokoll beifügen, so Dezernent Tillmann Lonnes auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneter Susanne Stephan-Gellrich

(Anmerkung der Verwaltung: Das Programm wird vorauss. Anfang Mai erscheinen).
Auf Frage von Kreistagsabgeordneten Dr. Gert Ammermann bestätigte er, dass der WDR bei Aufnahmen und Werbung beteiligt werden solle.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Rolf Kluthausen bestätigte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass die Stiftung Schloss Dyck aufgrund guter Erfolge auch das zweite Café übernehmen werde.

KA/20140122/Ö4**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit Dezember 2013/Januar 2014 zur Kenntnis.

5. Stellungnahme des Rhein-Kreises Neuss zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)**Vorlage: 61/2901/XV/2014****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer merkte an, dass die Stellungnahme seiner Ansicht nach im Planungs- und Umweltausschuss beraten werden müsste. Er betonte, dass seiner Fraktion die Stellungnahme lediglich zur Kenntnis nehmen könne, da sie mit einigen Punkten so nicht einverstanden sei. Ihn überrasche, wie stark gegen die Energiewende gearbeitet wird (Braunkohlenpläne). Er sehe dabei die Gefahr eines Strukturbruchs, wenn man nicht neue Wege in der wirtschaftlichen Entwicklung gehe. Dennoch wies er darauf hin, dass seine Fraktion ausdrücklich die Wettbewerbsfähigkeit der Aluminiumindustrie unterstütze. Er führte weiter aus, dass es das Wesen einer Planung sei, Flächen geordnet zu entwickeln. Dass Einiges dabei hinten runter falle, sei klar. Eine zentrale Orientierung halte er für richtig.

Zwar sei die Grundtendenz richtig, dennoch sehe auch er im Einzelnen noch Diskussionsbedarf, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Der LEP ermögliche durchaus Wachstumstendenzen, die positiv begleitet werden sollten. Zu den einzelnen Punkten sollte sich auch die Politik positionieren. An die Braunkohledebatte sollte man offener heran gehen. Die Braunkohle sei ein guter Partner auf dem Weg zu erneuerbaren Energien. Auch das Thema Windenergie müsse offen angegangen werden.

Seine Fraktion finde sich mit ihren politischen Rahmenbedingungen in der Stellungnahme wieder, so Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink.

Der Energiepreis in Deutschland liege deutlich über dem durchschnittlichen Energiepreisniveau in Europa, so Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann kritisch. Er warnte vor einer Strategie der Energiepreisverteuerung.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass es sich um eine Stellungnahme eines Trägers öffentlicher Belange handele. Er habe nichts gegen die Energiewende, sondern gegen Vorhaben, die die Wirtschaft vor Ort gefährden. Der geforderte Wirkungsgrad von 58 % sei bewusst gegriffen, da Braunkohlekraftwerke derzeit lediglich 48 % erreichen und somit nicht erneuert werden können. Hinsichtlich des Siedlungsraums gehe es ihm um eine bedarfsgerechte Flächenausweisung, da sich die Entwicklungen im Land unterschiedlich darstelle. Entscheidend sei die individuelle Sicht der Gebietskörperschaft. Die Flexibilisierung sollte daher erhalten bleiben.

Kreistagsabgeordneter Franc J. Dorfer merkte an, dass nach seinem Kenntnisstand auch Biogas-Anlagen den geforderten Wirkungsgrad nicht erreichen. Demnach wären auch diese zukünftig nicht mehr genehmigungsfähig. Das Thema sollte noch einmal überdacht werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke versicherte abschließend, dass man die geführte Diskussion ernst nehme und gegebenenfalls das eine oder andere in die noch nicht

abgegebene Stellungnahme des Kreises aufnehmen.

KA/20140122/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die unter Punkt B aufgeführte Stellungnahme des Rhein-Kreises Neuss zum Entwurf des LEP-NRW zur Kenntnis.

6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand Januar 2014

Vorlage: ZS5/2902/XV/2014

KA/20140122/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand Januar 2014, zur Kenntnis.

6.1. Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule-Beruf in NRW

Vorlage: 40/2942/XV/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die vorgelegte Tischvorlage hin. Anlässlich des Besuchs der Ministerpräsidentin in Dormagen am Vormittag habe sich die Verwaltung entschieden, eine Absichtserklärung abzugeben. Es sei sinnvoll die Netzwerkarbeit zu systematisieren und zu organisieren. Nach Gesprächen mit den Städten und Gemeinden habe man noch Anpassungen vorgenommen. Das Thema werde aber noch im Schulausschuss intensiv beraten.

Seine Fraktion begrüße die Teilnahme ausdrücklich, so Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink. Man müsse sich aber die Effizienz der Maßnahme ansehen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass es Ziel der Maßnahme sei, Menschen in Arbeit zu bringen. Daher sei die Initiative richtig.

In diesem Zusammenhang sprach 1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose die Situation des Berufsförderungszentrum Schlicherum an. Dort wünsche man sich mehr Planungssicherheit. Er betonte, dass funktionierende Maßnahmen ausgebaut und unterstützt werden sollten.

KA/20140122/Ö6.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Absichtserklärung des Rhein-Kreises Neuss gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen zur Einführung des neuen Übergangssystems Schule-Beruf NRW „Kein Abschluss ohne Anschluss“ zur Kenntnis.

7. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/2919/XV/2014

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz ergänzte die Zahl der Bedarfsgemeinschaften für September 2013 (15.355). Das dargestellte Haushaltsergebnis 2013 führe zu einer zusätzlichen Belastung des Kreishaushaltes in Höhe von 265.000 Euro. Er führte weiter aus, dass sich die Aufwendungen im Monat Januar auf rund 6.102.000 Euro belaufen würden. Man liege damit deutlich über dem Vorjahr.

Außerdem berichtete er kurz von der mündlichen Verhandlung beim Bundesverfassungsgericht zur Frage der Option. Es sei dabei um folgende Aspekte gegangen:

- Beschränkung des Optionskontingents auf 25 % der kommunal zugelassenen Träger in Deutschland
- 2/3 Quorum beim Beschluss der Optionswilligen Kommunen
- Prüfungsbefugnis des Bundes

Eine Entscheidung erwarte man in drei bis sechs Monaten. Sofern dadurch die Möglichkeit eröffnet wird Optionskommune zu werden, werde man an dem gefassten Beschluss festhalten. Nach Meinung anderer Beobachter sei das Verfahren und die Entscheidung noch offen.

8. Anträge

8.1. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema "Konzept zum Schutz der Bürger" vom 13.01.2014

Vorlage: 010/2960/XV/2014

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag seiner Fraktion der von einem Anstieg der Kriminalität ausging.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass es sich um eine Angelegenheit des Polizeibeirates handele. Er berichtete dennoch kurz, dass die Kriminalität im letzten Jahr um 2,5% zurück gegangen sei. Damit treffe der dem Antrag zugrunde gelegte Sachverhalt nicht zu. Dies sei zwar immer noch nicht zufrieden stellend, man befinde sich aber auf einem guten Weg. Da 40% der Delikte mit dem Versuch enden, empfehle er, die gebotenen Möglichkeiten (Aktion Riegel vor; Nachbarschaftshilfe) zu nutzen.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich wies darauf hin, dass nicht nur die Polizei sondern auch andere Beteiligte gefragt seien. Als gute Beispiel nannte sie die kriminalpräventiven Räten.

Die Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel und Dr. Gert Ammermann waren sich einig, dass dem Antrag so nicht zugestimmt werden könne. Der Antrag sollte in den Polizeibeirat verwiesen werden.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel war mit einer Verweisung in den Polizeibeirat nicht einverstanden. Er bat um Abstimmung über den Antrag seiner Fraktion.

KA/20140122/Ö8.1

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema „Konzept zum Schutz der Bürger“ vom 13.01.2014 wird in den Polizeibeirat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9. Mitteilungen

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass beabsichtigt sei, die Kreistagssitzung am 25.03.2014 von 15.00 Uhr auf 14.00 Uhr vorzuziehen, um allen Kreistagsabgeordneten eine Teilnahme an der Sitzung zu ermöglichen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

10. Anfragen

**10.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2014 zum Thema "dienstbar" - Dienstleistungspool der Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH
Vorlage: II/2959/XV/2014**

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Antwort der Verwaltung. Zu den Zahlen werde Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz im nicht öffentlichen Teil etwas sagen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 17:05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Böhm
Schriftführung

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/2960/XV/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.01.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema "Konzept zum Schutz der Bürger" vom 13.01.2014

Anlagen:

Antrag UWG/Die Aktive

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive - Lindenstraße 20 - 41515 Grevenbroich

Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich

41515 Grevenbroich
Lindenstr. 20
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

Neuss, den 13.01.2014

Konzept zum Schutz der Bürger

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem kommenden Kreisausschuss am 22.01.2014 zur Entscheidung vorzulegen:

Antrag:

Der Landrat wird gebeten, auf Grund der angestiegenen Kriminalität mit allen Kommunen ein umsetzbares Konzept zu erarbeiten, um den Schutz der Bürger und Bürgerinnen im Rhein-Kreis Neuss zu verbessern.

Begründung:

Wie die Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive durch direkte Mitteilungen von Bürgern, sowie aus der Presse erfahren hat, nimmt die Kriminalität im Rhein-Kreis Neuss enorm zu. Nicht nur Einbrüche in Eigenheimen und Wohnungen nehmen zu, sondern auch der fast schon alltägliche Raub auf unseren Straßen ist bedenklich angestiegen.

Auf Grund dieser stetig ansteigenden Kriminalität halten wir eine verstärkte sichtbare Präsenz der Polizei in unseren Stadt- und Ortsteilen im Rhein-Kreis Neuss für unerlässlich.

Dies wäre nur eine Facette in einem nach Meinung der UWG/Die Aktive neu zu entwickelnden Konzept für den Schutz der Bevölkerung.

Das berechtigte Sicherheitsbedürfnis der Bürger macht eine Umstrukturierung der Polizeiarbeit nötig.

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

- 2 -

Natürlich ist hier auch die Landes- und Bundespolitik gefordert, entsprechende Schutzmaßnahmen einzuleiten. Es ist nicht einzusehen, dass für die Verkehrsüberwachung (Blitzmarathon) Kräfte eingesetzt werden, die zum besseren Schutz der Bürger eingesetzt werden könnten.

Dass dies nicht ohne eine bessere finanzielle Ausstattung der Polizei möglich ist, darf nicht dazu führen, dem Treiben von Dieben und Einbrechern ohne erkennbare Gegenwehr zuzusehen.

Maßnahmen, die zur Reduzierung der Eigentumsdelikte führen sind unerlässlich und werden von den Bürgern erwartet.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Thiel
Fraktionsvorsitzender

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 40/2942/XV/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.01.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule-Beruf in NRW

Sachverhalt:

Das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW“ geht auf einen Beschluss der Partner im Ausbildungskonsens des Landes Nordrhein-Westfalen zurück. Ziel ist es, mittelfristig allen jungen Frauen und Männern, die ausbildungsfähig und – willig sind, eine verbindliche Ausbildungsperspektive zu geben. Der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf soll nachhaltig verbessert und die unübersichtliche Vielzahl von Aktivitäten im Übergang Schule-Beruf gebündelt und in ein verbindliches, flächendeckendes, transparentes, nachhaltiges und geschlechtersensibles System der Berufs- und Studienorientierung überführt werden.

Das beiliegende Konzept wird im Schulausschuss am 03.02.2014 beraten (s. **Anlage**).

Beschlussempfehlung:

Der Kreisausschuss nimmt die Absichtserklärung des Rhein-Kreises Neuss gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen zur Einführung des neuen Übergangssystems Schule-Beruf NRW „Kein Abschluss ohne Anschluss“ zur Kenntnis.

Anlagen:

Kommunale Koordinierung Konzept Entwurf 01.2014

Entwurf

Kein Abschluss ohne Anschluss
Übergang – Schule-Beruf in NRW

Kommunale Koordinierung
im Rhein-Kreis Neuss

A. Ausgangslage.....	3
B. Definitionen	3
C. Bisherige Aktivitäten	5
D. Aufgabenbestimmung.....	9
E. Konkrete erste Maßnahmen	10
F. Verfahren zur Einführung	12
G. Organisation	12
H. Kosten.....	12

A. Ausgangslage

Im November 2011 haben die Partner im Ausbildungskonsens des Landes Nordrhein-Westfalen die Einführung eines neuen Übergangs Schule-Beruf beschlossen.

Ziel ist es, mittelfristig allen jungen Frauen und Männern, die ausbildungsfähig und -willig sind, eine verbindliche Ausbildungsperspektive zu geben. Damit soll der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf nachhaltig verbessert und die unübersichtliche Vielzahl von Aktivitäten im Übergang Schule / Beruf gebündelt und in ein verbindliches, flächendeckendes, transparentes, nachhaltiges und geschlechtersensibles System der Berufs- und Studienorientierung überführt werden. Dabei sollen die Kreise und kreisfreien Städte in ihrem Zuständigkeitsbereich die kommunale Koordinierung des Übergangssystems übernehmen.

Eingeführt wurde das System zunächst in sieben Referenzkommunen (Städteregion Aachen, Stadt Bielefeld, Kreis Borken, Stadt Dortmund, Stadt Mülheim an der Ruhr, Rheinisch-Bergischer Kreis und Kreis Siegen-Wittgenstein). Bis zum Ende 2012 sind ca. weitere 20 Kommunen hinzugekommen. In 2013 sind weitere Kreise und kreisfreie Städte in NRW hinzukommen. In 2014 sollen Schulen sukzessive eingebunden werden, so dass die flächendeckende Umsetzung aller Elemente und Maßnahmen ab dem Schuljahr 2017/2018 erwartet wird.

Zur Finanzierung des neuen Übergangssystems überführt das Land bestehende Förderangebote zur Berufsorientierung in das neue Übergangssystem. Davon betroffen ist zum Beispiel das Projekt STARTKLAR - MIT PRAXIS FIT FÜR DIE AUSBILDUNG IN NRW. Zukünftig wird ohne eine kommunale Koordinierung der Zugang zu diesen Fördermöglichkeiten erschwert sein.

Im Übrigen wird die kommunale Koordinierung vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales und aus Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) per Anteilsfinanzierung (50%) der zwendungsfähigen Personal- und Sachausgaben gefördert. Dabei sind förderungsfähig: eine Leitungsstelle, bis E 14 drei weitere Vollzeitstellen bis E 12 und Sachausgaben bis zu einem Höchstbetrag von 15.600,00 € pro Jahr und Vollzeitstelle.

Das Umsetzungskonzept umfasst die Handlungsfelder:

1. *gezielte Berufs- und Studienorientierung in allen allgemeinbildenden Schulen*
2. *klare Strukturierung des Übergangs von Schule in Ausbildung*
3. *Steigerung der Attraktivität des dualen Systems sowie die*
4. *Kommunale Koordinierung des Übergangssystems*

Im April des Jahres 2012 wurden seitens der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (GIB NRW) Informationsveranstaltungen zur kommunalen Koordinierung im „Neuen Übergangssystem Schule - Beruf in NRW“ in Düsseldorf und Dortmund durchgeführt. Am 14.05. wurde das neue Übergangssystem den Schuldezenten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden vorgestellt. Im Schulausschuss des Rhein-Kreises Neuss wurde am 21.05.2012 der Bericht der Verwaltung zum neuen Übergangssystem zur Kenntnis genommen. In der Sitzung des Schulausschusses vom 27.05.2013 wurde die Verwaltung beauftragt, eine Vereinbarung zur kommunalen Koordinierung mit dem Land vorzubereiten. Zwischenzeitlich wurden Gespräche mit den regionalen Partnern im Ausbildungskonsens, der IHK, der Kreishandwerkerschaft und der Bundesagentur für Arbeit geführt.

B. Definitionen

1. *Berufs- und Studienorientierung*

Eine flächendeckende Einführung einer nachhaltigen, geschlechtersensiblen und systematischen Berufs- und Studienorientierung soll dem Ziel dienen, Jugendliche zu reflektierten Be-

rufs- und Studienwahlentscheidungen zu führen und realistische Ausbildungsperspektiven im Anschluss an die allgemeinbildende Schule zu entwickeln. Dazu wurden Standardelemente entwickelt, die systematisch, beginnend ab der Jahrgangsstufe 8 bis hinein in eine Ausbildung bzw. alternative Anschlusswege, definiert sind.

Der Prozess gliedert sich in:

- begleitende Beratungen (in Schule durch BA und andere, der Eltern),
- schulische Strukturen (Curricula, Studien- und Berufswahlkoordinatoren, Berufsorientierungsbüros),
- Portfolioinstrument,
- Potenzialanalyse und Kompetenzfeststellung,
- Praxisphasen und ihre Verbindungen mit Unterricht,
- koordinierte Gestaltung des Übergangs incl. Übergangsempfehlung.

2. *Übergangssystem Schule - Ausbildung*

Die Angebote im Übergang von der allgemeinen bildenden Schule in Ausbildung sollen den Fachkräftenachwuchs sichern und gleichzeitig eine verbindliche Ausbildungsperspektive schaffen. Dazu werden:

- Angebote mit weitgehend identischen Zielgruppen zusammengeführt (Werkstattjahr und Jugendwerkstätten),
- Angebote am Berufskolleg reduziert und neu strukturiert,
- übersichtliche Angebotsstrukturen mit klarer Zielgruppenzuordnung allen Beteiligten zur Verfügung gestellt
- Übergangsempfehlungen etabliert
- ein Abgleich von Maßnahmenangebot und -nachfrage systematisiert.

3. *Attraktivität des dualen Systems*

Um die Attraktivität der dualen Ausbildung bei Eltern und Jugendlichen aller Schulformen zu erhöhen, soll eine gemeinsame Strategie entwickelt werden. Verschiedene Maßnahmen werden dazu erarbeitet und umgesetzt. Die Umsetzung erfolgt zum Beispiel

- durch Veranstaltungen und Maßnahmen, bei denen Multiplikatoren, Eltern, Schülerinnen und Schüler informiert werden sowie
- über jugendspezifische Kommunikationsmedien. Hierzu soll die Möglichkeit, gleichzeitig mit der dualen Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben flächendeckend ausgebaut und die Möglichkeit, beruflich erworbene Kompetenzen auf Studiengänge anzurechnen, systematisch weiterverfolgt werden.

4. *Kommunale Koordinierung*

Ziel der kommunalen Koordinierung ist es, ein nachhaltiges systematisches Übergangssystem Schule - Beruf anzustoßen, notwendige Abstimmungsprozesse zu organisieren und zu einer kontinuierlichen Weiterentwicklung und dem gezielten Abbau der unübersichtlichen Maßnahmenvielfalt beizutragen. Die Zuständigkeiten der bisherigen Institutionen Schule, Jugendhilfe, Arbeitsverwaltung, Jobcenter, Betriebe und Kammern im Prozess sollen dabei bestehen bleiben.

Im Rahmen der kommunalen Koordinierung ist es Aufgabe der Kommune, mit den regionalen Partnern ein gemeinsames Verständnis über das Zusammenwirken der Zuständigkeiten zu erreichen, Rollen zu klären, Absprachen und Vereinbarungen zu treffen und deren Einhaltung nachzuhalten.

Damit ist es Aufgabe der kommunalen Koordinierung:

- die im Ausbildungskonsens vertretenden Partner und darüber hinaus die für das Übergangssystem relevanten Akteure zu beteiligen,
- diesen gegenüber initiativ zu werden und damit für die Zielsetzung, Absprachen und Regeln und die Zusammenarbeit zwischen den Partnern zu sorgen, Schnittstellen zu optimieren und Entwicklungsprozesse anzustoßen.
- Außerdem werden gemeinsam mit den jeweiligen Partnern Verabredungen getroffen, für die Umsetzung und Wirksamkeit der angestoßenen Prozesse aber auch deren Qualitätssicherung und -entwicklung.

C. Bisherige Aktivitäten

Schon heute existiert im Rhein-Kreis Neuss eine Zusammenarbeit verschiedenster Träger:

Projekt „Wirtschaft pro Schule“

In diesem Projekt ermöglicht die Wirtschaft allen Schultypen eine hautnahe Berufsorientierung. Dazu werden die Unternehmen zu fest vereinbarten Terminen in den Unterricht eingeladen, um Ausbildungswege, Anforderungen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Zielsetzung dieser Besuche ist eine intensive Auseinandersetzung der Schüler mit dem Thema der Berufsfindung und individuellen Bewerbungsverfahren.

ZDI

Im Rahmen des ZDI-Zentrums unterstützt der Rhein-Kreis Neuss die Initiative des Landes „Zukunft durch Innovation“, die auf die Förderung des naturwissenschaftlich technischen Nachwuchses abzielt. Ziel ist es, ein Miteinander von Schulen, Unternehmen und Hochschulen zu schaffen, welches den Stellenwert von Naturwissenschaft und Technik im Bereich der Bildung nachhaltig verbessert und damit das Interesse an technischen und naturwissenschaftlichen Berufen fördert. So sollen, die im Rhein-Kreis Neuss über den Schulalltag hinaus reichenden Fördermaßnahmen in diesem Bereich unterstützt und durch eigene Projekte und Initiativen ergänzt werden.

Werkstattjahr

Im Rahmen des Landesprogramms „Werkstattjahr“ werden Jugendliche, die noch nicht ausbildungsreif sind, auf eine Berufsausbildung vorbereitet und erhalten die Chance, nachträglich den Hauptschulabschluss zu erwerben. Das Werkstattjahr kombiniert Werkstattpraxis, Betriebspraktikum, Berufsschulunterricht und sozialpädagogische Betreuung. Angeboten wird es an den BBZ Neuss-Hammfeld und Grevenbroich.

Träger sind: Berufsbildungswerk, Wirtschaftsschule Welling, BFZ Schlicherum, AWO, Kolping Bildungswerk

Migrantenstipendium

Junge Migranten, die ein gutes bis sehr gutes Abitur im Rhein-Kreis Neuss erreicht haben, können sich um das Migrantenstipendium des Rhein-Kreises Neuss bewerben. Als Teil des NRW-Stipendienprogramms werden pro Jahr zwei Stipendien vergeben - für ein naturwissenschaftliches und ein geisteswissenschaftliches Studium. Das Migrantenstipendium des Rhein-Kreises Neuss beinhaltet eine finanzielle Förderung von monatlich 300,00 € für einen Bachelor- bzw. Master-Studiengang. Das Land NRW und der Rhein-Kreis Neuss tragen diese Summe gemeinsam. Der Kreis organisiert darüber hinaus für die Stipendiaten ein Begleitprogramm (z. Zt. fördert der Rhein-Kreis Neuss 9 Stipendiaten).

Beirat Schule-Beruf

Im Beirat Schule – Beruf treffen sich unter Leitung des Schulamtes für den Rhein-Kreis Neuss und der Agentur für Arbeit in Neuss zweimal jährlich Vertreter aller Schulformen und Organisationen, die sich mit Berufsvorbereitung und Berufsausbildung befassen. Es werden unter anderem die aktuellen Projekte für den Bereich Berufsvorbereitung vorgestellt. Außerdem wird über die aktuelle Lage des Ausbildungsmarktes informiert. Auch ortsansässige Betriebe werden besucht, die über Ausbildungsberufe bzw. -maßnahmen berichten.

Arbeitskreis Schulsozialarbeiter

Unter Federführung des Jugendamtes der Stadt Neuss tritt mindestens viermal im Jahr (darüber hinaus bei Bedarf) ein Arbeitskreis der sozialpädagogischen Fachkräfte zusammen, die an Schulen der Stadt Neuss tätig sind. Einmal im Jahr wird dieser Arbeitskreis um die sozialpädagogischen Fachkräfte erweitert, die an Schulen im übrigen Kreisgebiet arbeiten. Der Arbeitskreis dient dem Erfahrungsaustausch und der Information über Themen, die alle sozialpädagogischen Fachkräfte betreffen (z. B. neue Rechtsvorschriften).

Runder Tisch Integrationsfachdienst

Auf Initiative des Integrationsfachdienstes Rhein-Kreis Neuss hat sich ein Arbeitskreis Übergang Schule Beruf gebildet, der sich am 22.04.2009 konstituierte. Ziel ist es, in enger Zusammenarbeit mit Schulen, Eltern, Betrieben und ggf. der Agentur für Arbeit ein institutionsübergreifendes Netzwerk für Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen und Menschen in WFB's, die geeignet sind auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, zu schaffen.

Benachteiligtenbörse

Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt sind, haben es schwer auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wer diese Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf begleitet, benötigt vor allem Informationen darüber, welche Möglichkeiten es gibt.

Mit der Benachteiligtenbörse wurde ein erster Schritt zur Vernetzung der Angebote für besonders benachteiligte Jugendliche aus Förder- und Hauptschulen getan.

Die Berufsinformationsbörse richtete sich an Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte von Schulen, aber auch an interessierte Schülerinnen und Schüler und Eltern sowie an Bildungseinrichtungen und Firmen, die Ausbildungsangebote für benachteiligte Jugendliche bereitstellen.

„komm auf Tour“

Das Projekt „komm auf Tour“ ist ein Erlebnisparcours für die 7. und 8. Klassen der Haupt- Gesamt- und Förderschulen, mit dem das Selbstbewusstsein der Jugendlichen gestärkt werden soll, den Berufseinstieg zu wagen. Gruppenprojekte, individuelle Gespräche mit den Akteuren (Austellern, Beratende Institutionen) - aber vor allem das Herausfinden der eigenen Stärken und Interessen der Kinder und Jugendlichen sind zentrale Bereiche dieser Veranstaltungstage.

Lehrkräfte erhalten wichtige Anregungen an Infoständen und erfahren in einem Forum u.a. mehr über Ausbildungsmarkt, Anforderung der Ausbildungsbetriebe. Ein Workshop bereitet die Lehrer auf den Parcoursbesuch vor und gibt Ihnen ein „Logbuch“ für den folgenden Unterricht in die Hand.

Ein Infoabend für Mütter und Väter ermöglicht einen Kontakt zu den Fachberatungskräften, zum Parcourserlebnis und bietet Infos zur Begleitung und Unterstützung Ihrer Kinder bei der Berufswahl.

Weitere Angebote sind:

Job-Initiative Rhein-Kreis Neuss

Im Rahmen einer zweitägigen Messeveranstaltung wird Unternehmen auf der Suche nach Arbeitskräften auf der einen Seite sowie gut ausgebildeten arbeitslosen und arbeitssuchenden Arbeitskräften die Möglichkeit zur persönlichen Kontaktaufnahme gegeben.

one2one

<http://www.one2one.pro> - one2one bringt Unternehmen und Bewerber zusammen und hilft, den Prozess des Übergangs erfolgreich zu meistern.

Wirtschaftspartner

Unternehmen, die auf der Suche nach einer Gewerbefläche oder –immobilie im Rhein-Kreis Neuss sind erhalten neben dem Flächen- bzw. Immobilienangebot auch ein Angebot der Agentur für Arbeit Neuss mit einem individuellen Dienstleistungspaket, angefangen von der Rekrutierung des Personals bis zur passgenauen Qualifizierung einzelner Mitarbeiter.

Ausbildungsplatzaktion

Seit 2004 werden von der Wirtschaftsförderung freie Ausbildungs- und Praktikumsstellen bei den ortsansässigen Unternehmen abgefragt und für Ausbildungsplatzsuchende zusammengestellt.

Beratungsstelle "Sprungchance"

Dormagener Jugendliche, die sich im Übergang von der Schule zum Beruf oder zur Arbeit befinden, wird hier Berufsorientierung, Bewerbungstraining, Verhaltenstraining bzw. "Knigge" für Ausbildung und Beruf, persönliches Coaching u.v.m. angeboten.

Beruf konkret

Ausbildungsinfobörse

Berufsinfotag

Ausbildungsmesse

Berufswahlorientierte Schule

Auf die Erleichterung des Übergangs von der Schule in den Beruf zielt auch das Gütesiegel „Berufswahlorientierte Schule“, an dem sich der Rhein-Kreis Neuss beteiligt. Im Rahmen dieses Projektes der Bertelsmann-Stiftung werden Schulen auf ihre berufsorientierte Unterrichtsgestaltung hin überprüft und bei Erfolg mit einem Gütesiegel ausgezeichnet, das aktiv im Marketing der Schule eingesetzt werden kann. Die Einbindung von Unternehmensvertretern aus dem Rhein-Kreis Neuss in die Jurys fördert hier wieder den Kontakt und den ständigen Austausch zwischen der Wirtschaft und den Schulen. In 2013 sind 11 Schulen ausgezeichnet worden.

Bewerbungstraining für Hauptschüler

Seit 2008 führt die Wirtschaftsförderung an der Städtischen Hauptschule Korschenbroich ein Bewerbungstraining durch, bei dem insbesondere die Vorbereitung und Durchführung von Vorstellungsgesprächen praktisch erarbeitet werden.

Bosse in Schulen

Mit der Aktion „Bosse in Schulen“ bringt die IHK Mittlerer Niederrhein seit Jahren Schule und Wirtschaft zusammen. Die Firmenchefs vermitteln jeweils bis zu 120 Jugendlichen in zwei Schulstunden, wie Wirtschaft funktioniert.

check-In Berufswelt

Unternehmen öffnen an einem Nachmittag für Schüler und stellen die verschiedenen Ausbildungsberufe praktisch vor. Begleitet wird die Veranstaltung durch eine breite Werbekampagne an allen weiterführenden Schulen.

Firmen-Berufsparcours Dormagen

Der Parcours ist eine Maßnahme aus dem ESF Förderprojekt „Stärken vor Ort“, der einmal im Jahr stattfindet. Firmen und Schülerinnen und Schüler der Sek.I (8. / 9. Kl.) kommen orts- und praxisnah mittels einer sog. "Mini-Arbeitsprobe" ins Gespräch. Berufsorientierung mit der Chance, direkt mit Chef oder Chefin ins Gespräch zu kommen, Praktika zu vereinbaren oder sogar die Chance auf eine Ausbildung zu bekommen.

Hochschultag

Einmal jährlich findet der „Hochschultag“ des Rhein-Kreises Neuss in der Sparkasse Neuss statt. Hier erhalten Hochschulen aus der Region die Gelegenheit sich einem interessierten Publikum sowie studierwilligen Jugendlichen vorzustellen.

Jugend braucht Zukunft

Die Initiative "Jugend braucht Zukunft" bietet Hilfestellungen für die Berufswahl an.

In dem eintägigen Seminar lernen Jugendliche zunächst, sich selbst besser einzuschätzen und dies für ihre Entscheidungsfindung zu nutzen.

Knigge für Azubis

Der Knigge ist ein Dienstleistungsangebot für kleinere Ausbildungsfirmen in Dormagen, die keine eigenen personellen Ressourcen haben, um ihren Azubis zusätzliche Bildungseinheiten zu bieten. Die Ausbilderinnen und Ausbilder beklagen einen immer wieder feststellbaren Mangel an Umgangsformen sowohl im Betrieb, vor allem aber auch den Kunden gegenüber. Hier soll mit Hilfe der fachlichen Ressourcen des Jugendberufshilfeträgers bedarfsorientiert nachgebessert werden.

Lerntrainingsprojekt "Wirtschaft & Schule"

Dies ist eine gezielte und individuell ausgerichtete schulische und persönliche Nachhilfe für Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse insb. der örtlichen Hauptschule in Dormagen. Geschulte ehrenamtliche Kräfte unterstützen als persönlicher Coach, Trainer oder Lotse junge Menschen, die in ihrem persönlichen Umfeld keine Hilfe finden.

Motivation durch Perspektive – mops

Hiermit werden Jugendliche bei der Berufswegplanung, dem Bewerbungstraining sowie mit Praxisübungen in Gastronomie und einer Schreibwerkstatt, als auch bei der Stellensuche und einem viermonatigem Praktikum im Betrieb unterstützt.

NRWork for you:

Hiermit werden Jugendliche durch Streetworker in Grevembroich gecoacht und beraten.

PiD Online Praktikumsbörse

Auf Anregung der Lokalen Allianz und des Runden Tisches - Ausbildungs Offensive Dormagen entsteht eine zentrale und örtlich ausgerichtete Onlinebörse zunächst für Praktika und sukzessive auch Ausbildungsstellen. Sowohl Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonal, Firmen und Kommune und Jugendberufshilfeträger sind zugangsberechtigt.

Projekt "ProFi/Wissensfabrik"

Dies ist die Gründung einer Wissensfabrik im Jahr 2005, u.a. durch die Unternehmen BASF, Bosch, KSB, ThyssenKrupp. Es stellt ein bundesweites Engagement in Bildungsprojekten und für Existenzgründer dar, an dem sich 1.000 Bildungspartnerschaften (u.a. Kindergärten, Schulen) gebildet und mit dem sich rund 100 engagierte Mitglieder zum größten aktiven Netzwerk in

Deutschland; zusammen geschlossen haben. Das Ziel ist: ein frühzeitiges Netzwerk zum Nachwuchs über Kindergärten und Schulen zu etablieren; die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern; die nachwachsende Generation fit für den globalen Wettbewerb zu machen.

Runder Tisch - AusBildungsoffensive Dormagen

Der runde Tisch ist ein im Rahmen des ESF - geförderten Projektes "STÄRKEN vor ORT" (2009 - 2011) gegründetes Gremium, um orts- und praxisnah alle beteiligten Akteure zum Thema "Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt" ins Gespräch und in Aktion miteinander zu bringen.

Schüler im Chefsessel

Mit dem Projekt »Schüler im Chefsessel«, das bereits 1980 ins Leben gerufen wurde, wollen DIE JUNGEN UNTERNEHMER der Unternehmerschaft Niederrhein eine Brücke zwischen Schule und Wirtschaft bauen und Schülern ein realistisches Bild des Unternehmerberufs vermitteln.

DORMAGENER WEG

Der Dormagener Weg ist einModellkooperation zweier Jugendberufshilfeträger vor Ort, die flexibel und bedarfsorientiert Hilfen für junge Menschen aus Dormagen anbieten. Vorrangige Zielgruppe sind Leistungsempfänger von SGB XIII und SGB II und junge Menschen, die im Rahmen der kommunalen Jugendhilfe bekannt sind.

SHIFT - Schalt um auf STARK

Im Rahmen des ESF - geförderten Projektes "STÄRKEN vor ORT" (2009 - 2011) wird in Kooperation mit dem Jobcenter Sozialarbeit zur Verfügung gestellt, um besonders benachteiligte junge Menschen zu erreichen, die herkömmlichen Hilfeangeboten nicht mehr zugänglich sind. Angeboten wird gezielte und individuell gestaltete Förderung 1:1 oder in Kleinstgruppen.

Aktiv A – Aktivbündnis für Alleinerziehende

Diese Initiative hat sich gegründet, um im Rhein-Kreis Neuss Alleinerziehenden (AE) ein engmaschiges lokales Netz an verlässlichen, fördernden und unterstützenden Strukturen bereitzustellen, damit soziale Stabilisierung und nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt gelingen können.

D. Aufgabenbestimmung

Aufgabe des Rhein-Kreises Neuss im Rahmen der kommunalen Koordinierung ist es, den Prozess der Verständigung über die Zuständigkeiten und Rollen der Akteure im Verhältnis der Schule zu den Bürgern zu moderieren, in dem Absprachen getroffen und deren Wirksamkeit nachgehalten wird. In diesem Prozess wird es eine enge Zusammenarbeit mit den Institutionen Schule, Jugendhilfe, Arbeitsverwaltung, Jobcenter, IHK, Handwerkskammer, und Betrieben geben. Im Rahmen der eigenen Zuständigkeit in den Politikfeldern Bildung, Jugend und Arbeit/Soziales gewährleistet der Rhein-Kreis Neuss die erforderlichen Absprachen über Zielsetzung und Verfahren. Dabei werden die vorhandenen Strukturen gezielt in die Prozesse eingebunden. Akteure sind insbesondere die Wirtschaft, Handwerk und freien Berufe mit ihren Interessenvertretungen, die Städte und Gemeinden als Schulträger, die Schulen, die Schulaufsicht, die Agenturen für Arbeit, die Job-Center, Kammern, Gewerkschaften, die Jugendhilfe, das Kommunale Integrationszentrum, Integrationsfachdienste und ähnliche.

Verabredungen zwischen den jeweiligen Partnern und die Kontrolle ihrer Wirksamkeit werden durch den Rhein-Kreis Neuss koordiniert.

a) Berufs- und Studienorientierung

- Alle regionalen Angebote der Berufs- und Studienorientierung, insbesondere die der Wirtschaft sind transparent zu machen

- Im Hinblick auf die Wirtschaftsstruktur und Branchen-Cluster erfolgt eine Abstimmung über daraus resultierende Fachkräftebedarfe und Berufschancen
- Regionale Angebote an Berufs- und Studienorientierungen, einschließlich der Beratungsangebote werden auf den Bedarf abgestimmt.

b) Berufsvorbereitung (Angebote in unmittelbarem Anschluss an die allgemeinbildende Schule)

- Die Kommunale Koordinierung erstellt einen Überblick über alle Übergangsempfehlungen
- Sie stellt einen Vergleich zwischen der Nachfrage von jungen Menschen und tatsächlich vorhandenen Angeboten auf und weitet hierzu alle vorhandenen Statistiken aus.
- Sie koordiniert das Angebot der erforderlichen Praktikumsstellen

c) Berufsausbildung

Jungen Menschen, bei denen die Maßnahmen noch nicht zur Aufnahme einer Ausbildung geführt haben, sind spezifische Angebote zu eröffnen.
Dazu werden folgende Instrumente initiiert:

- Überblick über alle Übergangsempfehlungen
- Überblick über mögliche Anschlussoptionen der jungen Menschen in Angebote
- Abgleich zwischen Nachfrage und Angebot
- Bewerbung von Ausbildungsplätzen in Abgangsklassen und vollzeitschulischen Bildungsgängen der Berufskollegs

E. Konkrete erste Maßnahmen

a) 1. Phase

Im Rahmen des verbindlich festgelegten Prozesses sollen sukzessive alle Schülerinnen und Schüler aller Schulformen ab der Jahrgangsstufe 8 durch einen schulinternen festgelegten Prozess der Berufs- und Studienorientierung die Möglichkeit erhalten, sich in ihren Neigungen und Interessen sowie Fähigkeiten an schulischen und außerschulischen, vor allem betrieblichen Lernorten zu erproben und Praxiserfahrungen zu sammeln. Mit Beginn der Jahrgangsstufe 8 werden alle Schülerinnen und Schüler sowie Eltern über das in Abstimmung mit der Berufsberatung erarbeitete schulinterne Konzept der Berufs- und Studienorientierung informiert. Dabei ist vorgesehen, dass zunächst alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 eine Stärken- und handlungsorientierte Analyse von Potenzialen (Potenzialanalyse) durchlaufen.

Die Potenzialanalyse kombiniert wissenschaftlich anerkannte Testverfahren und Fragebögen, handlungsorientierte Aufgaben und Elemente von Assessment-Verfahren. Sie bezieht sich auf die Lebens- und Arbeitswelt, berücksichtigt die Verschiedenartigkeit der Jugendlichen, erfasst kognitive Leistungsmerkmale, berufliche Interessen, Neigungen, Merkmale des Arbeitsverhaltens, Persönlichkeit und praktische Fertigkeiten. Die Jugendlichen sollen sowohl den Ablauf als auch die Bedeutung des Verfahrens verstehen und hierdurch eigene Potenziale erkennen. Die Potenzialanalyse soll durch alle Bildungsträger aus dem Rhein-Kreis Neuss durchgeführt werden. Gesamtschulen und Gymnasien soll es ermöglicht werden, die Potenzialanalyse mit psychologischer Begleitung durchzuführen. Hierzu sollen neue Kompetenzen aufgebaut werden. Auch hier soll eine Auswahl insbesondere im Rahmen eines regionalen Konsenses getroffen werden. Die Auswahl eines bestimmten Trägers bleibt jeweils der Schule vorbehalten.

Die Potenzialanalyse soll mit einem individuellen Auswertungsgespräch abschließen. Die Ergebnisse werden schriftlich dokumentiert. Auch die Eltern sollen aktiv einbezogen werden. Die Potenzialanalyse wird eintägig durchgeführt. Die Vor- und Nachbereitung findet in der Schule statt.

Im Rhein-Kreis Neuss soll die Potenzialanalyse im ersten Schritt zunächst für 1/3 der Schülerinnen und Schüler der 8. Klassen in allen Schulformen eingeführt werden. Die übrigen Schülerinnen und

Schüler sollen im zweiten und dritten Schritt folgen. Für die Potentialanalyse stellt das Land NRW einen Betrag von 100 € pro Schüler zur Verfügung.

b) 2. Phase

Berufsfelder kennenlernen

Ab der zweiten Hälfte der Jahrgangsstufe 8 wird eine Berufsfelderkundung vor dem schulischen Betriebspraktikum angeboten. Diese findet an drei Tagen in unterschiedlichen Betrieben statt und knüpft an die Ergebnisse der Potenzialanalyse an. In der Nachbereitung der Berufsfelderkundung dokumentieren die Schülerinnen und Schüler ihre Ergebnisse, um zu einer begründeten Entscheidung für die spätere Wahl der Praktikumsstelle zu gelangen. Auf kommunaler Seite wird Transparenz hergestellt zum Spektrum der Berufsfelder, zum Bedarf und dem Angebot an Plätzen sowie zu den Zeiträumen der Durchführung. Derzeitige Angebote der Berufsorientierung haben ihre Schwerpunkte im gewerblich-technischen und handwerklichen Bereich, im Kaufmännischen und in der Gastronomie. Selten werden Angebote zur Berufsorientierung im sozialen Bereich gemacht. Aus diesem Grund sollen bei der Berufsfelderkundung sowohl Betriebe aus o.g. Bereichen aber auch Angebote in sozialen Berufen gemacht werden. Um die Gesamtpalette der Angebote abzudecken soll eine Zusammenarbeit mit der Berufsberatung, dem Arbeitgeberservice der Agenturen für Arbeit, dem Jobcenter, der Kammern und Betrieben statt finden. Die Aktivitäten der Berufshilfe e.V. zu „Jungen in soziale Berufe“ und die Angebote der Kreishandwerkerschaft Niederrhein zur Berufseinstiegsbegleitung werden einbezogen.

Die Berufsfelderkundung kann auch bereits bestehende Angebote wie den Girls-/Boys-Day, den Hochschultag, die Veranstaltung „Check in Berufswelt“ sowie „komm' auf Tour“ zusätzlich einbeziehen.

Verfahrenstechnisch soll der Nachweis der Berufsfelderkundung durch den Berufswahlpass nachgewiesen werden indem für die einzelnen Elemente Bildungspunkte vorgegeben werden.

c) 3. Phase

Praxis der Arbeitswelt kennenlernen und erproben

Ab dem 9. Jahrgang lernen Schülerinnen berufliche Tätigkeiten praxisbezogen kennen in dem sie ein 2 – 3 wöchiges Praktikum in Betrieben absolvieren.

Die Auswahl der Praktikumsstellen soll in Zusammenhang zu den bisherigen Erfahrungen und individuellen Erkenntnissen stehen.

Zusätzlich werden berufsorientierte Praxiskurse und Langzeitpraktika angeboten.

Die kommunale Koordinierungsstelle wird mögliche Praktikumsstellen im Internetportal des Rhein-Kreises anbieten.

Die Praktikumsstellen werden gemeinsam mit der IHK, der Kreishandwerkerschaft, den Partnern von Wirtschaft pro Schule und Zdl sowie dem Jobcenter und der Arbeitsagentur akquiriert.

d) 4. Phase

Um den schulischen Weg der Schülerinnen und Schüler zu begleiten, soll auf freiwilliger Basis das Instrument „SchülerOnline“ eingesetzt werden (bei vorliegender Einwilligungserklärung von Eltern oder Schülerinnen und Schüler). Mittels dieses Instrumentes soll auch Kontakt zu Schülerinnen und Schülern aufgenommen werden, wenn Brüche in der Bildungslaufbahn erkennbar werden.

F. Verfahren zur Einführung

Zur Einführung der Kommunalen Koordinierung wird vorgeschlagen:

1. Die Einrichtung der Kommunalen Koordinierungsstelle auf einer Bürgermeisterkonferenz der kreisangehörigen Städte und Gemeinden vorzustellen und abzustimmen sowie
2. Weitere Gespräche mit den Kammern, der Bundesagentur für Arbeit und den kreisseitig beteiligten Akteuren (Jobcenter, Wirtschaftsförderung, Amt 50, Amt 51, TZG) zu führen
3. eine Auftaktkonferenz mit allen beteiligten Akteuren durchzuführen

G. Organisation

Die Organisation der Kommunalen Koordinierung sollte einerseits schlank gehalten, andererseits so aufgebaut werden, dass eine effektive Unterstützung und Begleitung der kommunalen Akteure vorgenommen werden kann.

Folgende Besetzung wird vorgeschlagen:

1. Kommunale Koordinierungsstelle:
 - eine Vollzeitstelle (Leitung - E13)
 - eine Vollzeitstelle (Geschäftsführung - E10)
 - mindestens 30 Wochenstunden (Assistenz – E6)
2. Lenkungskreis
 - Mitglieder des Beirates Schule/Beruf
 - 9 Vertreter aus der Verwaltung der Schulträger der Städte, Gemeinden und des Rhein-Kreises Neuss
 - 6 Vertreter des Jugendhilfe der Städte und Gemeinden und des Rhein-Kreises Neuss

H. Kosten

Die Kosten eines Arbeitsplatzes setzen sich nach KGST Gutachten aus den Personalkosten + 9.700 € Sachkosten+ 20 % Gemeinkosten zusammen.

Damit ergeben sich folgende Kosten

a)	1 Stelle (E 13)	69.800 €
		+ 9.700 €
		<u>+ 20 % 13.960 €</u>
		93.460 €
	1 Stelle (E 10)	63.500 €
		+ 9.700 €
		<u>+ 20 % 12.700 €</u>
		85.900 €
	1 Stelle (E 6)	44.200 €
		+ 9.700 €
		<u>+ 20 % 8.840 €</u>
		62.740 €: 39 WS x 30 = 48.261 €
	Gesamt	227.621 €

Die Personalkosten werden zu 50 % seitens des Landes erstattet (113.810 €).

Die Stellenbesetzung darf aus bereits vorhandenem Personal erfolgen. Frau Trampen E 11 (z. Zt. WPS und Zdl) könnte als Leiterin der kommunalen Koordinierung eingesetzt werden. Die E 6 Stelle Assistenz könnte ebenfalls aus rückkehrwilligen Sekretariatskräften besetzt werden.

I. Start

Die Kommunale Koordinierung beginnt zum 01.04.2014 ihre Arbeit und soll bis zum 01.07.2014 den regionalen Konsens für die Potentialanalyse herstellen sowie eine Auftaktveranstaltung für alle Schulen im Rhein-Kreis Neuss organisieren.

Zum 01.08.2014 nimmt die Kommunale Koordinierung ihre Aufgaben im Rahmen der genannten Schwerpunkte auf.

J. Organisation

Die Kommunale Koordinierung soll im Dezernat V, im Amt für Schulen und Kultur als Produktgruppe 40.5 „Kommunale Koordinierung“ eingerichtet werden.

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. II/2959/XV/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.01.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.02.2014
zum Thema "dienstbar" - Dienstleistungspool der
Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH**

Sachverhalt:

In den Sitzungen des Verwaltungsrates der Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH ist die Problematik der Mehrwertsteuerbefreiung, -reduzierung der haushaltsnahen Dienstleistungen mehrfach besprochen worden. Die Geschäftsführung hatte in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, alle Möglichkeiten zum weiteren Umgang mit der „dienstbar“ zu prüfen. Diese Prüfung ergab, dass ein wirtschaftlicher Betrieb in der bisherigen Konstellation eine weitere Preiserhöhung des Endkundenpreises erfordert hätte. Ferner ließ sich aufgrund der geringen Arbeitslosenquote im Rhein-Kreis Neuss kaum geeignetes Personal zur Erbringung der Dienstleistung finden. Die notwendige Aufstockung der Mitarbeiterzahl zur Refinanzierung der Overhead-Kosten, die durch eine für diese Zielgruppe notwendige Anleiterin und eine Betreuerin höher sind als am Markt üblich, ließ sich daher nicht umsetzen. Diese Rahmenbedingungen hätten eine weitere, langfristige Förderung der „dienstbar“ durch das Unternehmen selbst daher nötig gemacht.

Alternativ dazu wurden aufgrund der bereits vorhandenen dreijährigen Förderung verschiedene Optionen zur förderfreien Weiterführung der „dienstbar“ geprüft. Als einzig praktikable und sinnvolle Lösung erwies sich die Übergabe der „dienstbar“ an ein etabliertes Unternehmen, das seine Overhead-Kosten bereits refinanziert und die vorhandenen elf Mitarbeiterinnen der „dienstbar“ als Ergänzung des bestehenden Geschäftes übernimmt. Ein solches Unternehmen konnte nun mit der OV Gebäudereinigung Herman Vrieze, einem langjährig erfahrenen Familienunternehmen, gefunden werden. Der Teilbetriebsübergang nach § 613 a BGB fand zum 01.01.2014 statt. Die OV Gebäudereinigung Herman Vrieze hat den Mitarbeiter- und Kundenstamm sowie die Gehaltsansprüche der Mitarbeiterinnen aus Resturlaub und Mehrarbeitsstunden übernommen.

So konnte ein weiterer Förderbedarf bzw. alternativ die Schließung der „dienstbar“ abgewendet und elf niedrigschwellige Arbeitsplätze erhalten werden. Die Dienstleistungen der „dienstbar“ bleiben im Rhein-Kreis Neuss erhalten. Die Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss hat ihrem Auftrag entsprechend, ein Arbeitsmarktprojekt initiiert und umgesetzt sowie dem Markt übergeben.

Das **Modellprojekt „Arbeit für Generationen“** (AFG), das zunächst unter dem Dach der „dienstbar“ gestartet ist und nunmehr als eigenständiges Projekt betrieben wird, ist von diesem Übergang nicht betroffen. Es wird von der bfg weiterhin betrieben und fortgeführt.

Anlagen:

Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen

Anlage

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax +49 2181 601-2400

FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 15. Januar 2014
Erhard Demmer / Renate Dorner-Müller

**"dienstbar" - Dienstleistungspool der
Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH**

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

wie wir der Presse entnommen haben, ist der in 2011 gegründete Dienstleistungspool der Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH "dienstbar" zum 1.1.2014 an die Firma OV Gebäudereinigung - Herman Vrieze mit Sitz in Krefeld übergeben worden.

Da hierüber weder im Verwaltungsrat der Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH bzw. des Technologiezentrums Glehn GmbH noch im Kreistag und in seinen Ausschüssen berichtet wurde und auch die Fraktionen nicht informiert wurden, fordern wir Sie auf, in der Sitzung des **Kreisausschusses am 22. Januar 2014** zu dem Vorgang Stellung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

Anlage: NGZ-Artikels vom 9.1.2014

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email

Krefelder übernimmt Arbeitslosenprojekt

Die OV-Gebäudereinigung hat die Gesellschaft „dienstbar“ mit einem Dutzend Beschäftigten und allen Kunden von der Beschäftigungsförderungsgesellschaft des Rhein-Kreises Neuss übernommen.

VON NORBERT STIRKEN

Vor drei Jahren hat die Beschäftigungsförderungsgesellschaft des Rhein-Kreises Neuss (bfg) eine Firma gegründet, um Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot zu bringen. Seit dem 1. Januar ist das Unternehmen mit allen Rechten und Pflichten und dem Namen „dienstbar“ an die Krefelder OV Gebäudereinigung Herman Vrieze übergegangen. Das öffentlich geförderte Arbeitsmarktprojekt ist sozusagen in den Wettbewerb und die private Marktwirtschaft entlassen worden. Es sei jetzt an der Zeit gewesen, die „dienstbar“ in gute und erfahrene Hände abzugeben, erklärte bfg-Geschäftsführer Norbert Kothen in einem Schreiben an die Kunden. In der Gesellschaft waren Kräfte beschäftigt, die in privaten Haushalten die Reinigung der Wohnung übernehmen.

Elf von zwölf Teilzeitbeschäftigte arbeiten jetzt für die OV-Gebäudereinigung mit Sitz am Albrechtplatz

15. Herman Vrieze hat sich den rund 100 Kunden der früheren „dienstbar“ als ein Familienunternehmen vorgestellt, das seit „über 17 Jahren im privaten und gewerblichen Bereich tätig“ sei und einen hohen „Qualitäts- und Dienstleistungsanspruch“ habe. Seit rund vier

Jahren kümmere sich seine Firma mit jetzt mehr als 30 Beschäftigten ausschließlich um die Reinigung von Privathaushalten in Köln, Duisburg, Düsseldorf und Krefeld. Nun kommen Städte wie Neuss und Meerbusch hinzu. Zuvor sei er für große gewerbliche Objekte wie Me-

tro und Real zuständig gewesen. „Der Konkurrenzkampf dort wurde immer härter“, berichtet der gebürtige Niederländer Herman Vrieze. Für die Übernahme der Rhein-Kreis Neusser Gesellschaft mit Personal und Kunden musste sich der Krefelder laut eigener Angabe weder bewerben noch etwas zahlen. Der Kontakt zu Kothen sei einst über die Fußball spielenden Söhne zustande gekommen, berichtet er. Seitdem kenne man sich.

Die frühere „dienstbar“ bringt der OV-Gebäudereinigung monatlich von etwa 100 Kunden rund 17500 Euro zusätzlichen Umsatz. Mit drei Frauen im Innendienst für zwölf Aufwandsstunden in Teilzeit sei die Verwaltung der „dienstbar“ allerdings stark aufgebläht gewesen, das rechnet sich im Wettbewerb nicht. Bei der OV-Gebäudereinigung gehe es strenger organisiert zu. Seine Frau leite das Büro und verantworte die Buchhaltung, berichtet Herman Vrieze.

www.ov-gebäudereinigung.de



Kunden aus Neuss und deren Haushaltshilfe der Gesellschaft „dienstbar“ zogen vor knapp einem Jahr eine zufriedene Bilanz.

FOTO: WORTSCHÜTZKE

9.1.2014

162

